

Protokollauszug

aus der

11. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion vom 14.07.2015

öffentlich

**Top 5.3 Geschlechtergerechte Sprache
15/SVV/0463
geändert beschlossen**

Auf Nachfrage von Frau Schulze zur turnusgemäßen Überarbeitung von Antragsformularen, erklärt Frau Grasnick, dass dies nicht geplant ist. Durch das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt wurde ein Leitfaden erarbeitet.

Frau Basekow bittet um nähere Erläuterung des Antrages sowie des Hintergrundes.

Herr Otto erklärt, dass geschlechterneutrale Formulierung erreicht werden soll. Dazu wurde bereits ein Leitfaden für die Landeshauptstadt Potsdam entwickelt. Auch die Fachhochschule und die Uni Potsdam haben einen derartigen Leitfaden.

Herr Wellmann wirbt dafür, den Antrag abzulehnen. Er sieht die Gefahr, dass der Umgang mit Sprache unnötig verkompliziert wird.

Herr Buchheim weist darauf hin, dass geschlechtergerechte Sprache maßgeblich zur Gleichberechtigung beiträgt. Die Entwicklung ist hier bereits weit vorangeschritten.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass das Anliegen des Antrages lobenswert und sinnvoll ist. Sie bittet aber, von einer zusätzlichen Berichterstattung über die Umsetzung abzusehen, da z.B. ihre Verwaltung zukünftig noch stärker mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen sowie der Versorgung mit Kita-Plätzen beschäftigt ist. Sie schlägt vor, den letzten Satz zu streichen.

Im Rahmen der Diskussion verständigen sich die Ausschussmitglieder, den letzten Satz des Antrages zu streichen, wenn die Verwaltung darauf achtet, dies umzusetzen.

Im zweiten Satz wird „...nächsten turnusmäßigen...“ gestrichen.

Frau Morgenroth stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, geschlechtergerechte Sprache in allen Geschäftsbereichen der Verwaltung, insbesondere in Publikationen nach außen (Formulare, Briefe, Broschüren, Internet), weiter zu fördern.

Dazu soll u.a. bei der nächsten turnusgemäßen Überarbeitung von Antragsformularen geschlechtergerechte Sprache verbindlich genutzt werden, sollen in Verantwortung der Geschäftsbereiche die Standardbriefvorlagen daraufhin überarbeitet werden und die Sensibilisierung für gerechte Sprache erhöht werden.

~~Den Stadtverordneten ist am 4.11.2015 über den aktuellen Stand und weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu berichten.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **1**